

Es gilt das gesprochene Wort

Oberbürgermeister

Neujahrsempfang der Universitätsstadt Tübingen

Freitag, 29. Januar 2010

Rede des Oberbürgermeisters Boris Palmer

Begrüßung

(...)

...und zum Schluss des Begrüßungsreigens möchte ich jemanden nach vorne bitten, der nicht qua Amt oder gesellschaftlicher Stellung genannt werden soll, sondern wegen eines außergewöhnlichen Engagements im letzten Jahr: Den 13-jährigen Yannis Mühlstraßer.

Yannis hat mit dafür gesorgt, dass sein Lieblingsspielplatz in der Weststadt gerichtet wurde. Er hat zusammen mit Schulkameraden selbst Hand angelegt bei der Säuberung und Reparatur der Stufen. Er hat im Tagblatt und in der Kinderkanal-Serie „Platz für Helden“ für seinen Spielplatz geworben. Er hat die BI Weststadt zum Sammeln von Spenden motiviert und damit auch städtische Gelder losgeeist. Und gemeinsam mit unserem Stadtkämmerer ist er mit der Sammelbüchse über das Straßenfest in der Herrenberger Straße gelaufen. So hat er allein 1.800 Euro Spenden eingesammelt und insgesamt wurden 8.500 Euro für den Weststadtsplatz gespendet. Heute steht er wie neu da und viele Kinder freuen sich daran. Lieber Yannis, du hast dir die Medaille für bürgerschaftliche Mitarbeit wirklich verdient!

Mein Damen und Herren, ich freue mich, dass der Saal heute voll ist wie eh und je aus diesem Anlass. Man kommt kaum noch zur Tür herein. Sollten Sie aber während meiner Rede den Raum fluchtartig verlassen müssen – lieber nicht wegen eines Feuers – dann besteht heuer wirklich kein Grund mehr zur Sorge: Wo Sie vor einem Jahr noch ein Fluchtgerüst hinter mir sehen konnten, ist heute wieder ein geschlossenes Fenster. Dafür sehen Sie neben mir eine neu eingezogene Tür, die direkt ins Freie führt. Das ist der zweite Rettungsweg, wie es im Amtsdeutsch heißt. Er wurde nach einer Brandschau erforderlich und so eben vollendet.

Trotz Protest: Parlamente müssen frei entscheiden können

Als der Gemeinderat sich im November 2010 zu einer seiner regulären Sitzungen hier im Saal versammeln wollte, hätten wir den zweiten Rettungsweg schon gut gebrauchen

können, nicht um heraus, sondern um hereinzukommen. Damals versperrten etwa 30 Menschen, überwiegend Studierende, den Zugang zum Saal. Sie wollten verhindern, dass der Gemeinderat Grundsatzbeschlüsse über Kürzungen der städtischen Ausgaben fasst.

Seite 2 von 10

Ich habe mir gerne eine Stunde Zeit genommen, mit den Protestierenden zu diskutieren. Es ist ja nicht gerade leicht einzusehen, warum in Tübingen bei Kultur, Sozialem, Umweltschutz und Kinderbetreuung gespart werden soll, nur weil Banken sich in den USA verzockt haben. Und auch ich tue mich schwer mit Kürzungen städtischer Leistungen, wenn gleichzeitig der private Reichtum einer kleinen Schicht in unserem Land, und damit gewiss auch in unserer Stadt, immer weiter wächst.

Ich finde es sogar richtig, dass die jungen Leute sich nicht mit meinem Argument zufrieden gaben, dass die Stadt und der OB an diesen widrigen Umständen nichts ändern können und mit dem Geld auskommen müssen, das für unsere Aufgaben verfügbar ist. Das sind die so genannten Sachzwänge, denen sich jugendlicher Idealismus nie ohne Widerspruch beugen sollte.

Trotzdem hielt ich es für meine Pflicht, die Freigabe des Weges zum Sitzungssaal unmissverständlich einzufordern. Demonstrierende dürfen den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten ihre Meinung sagen, aber eine Meinung aufzwingen, das dürfen sie nicht. Diese klare Haltung hat mir kritische Fragen eingetragen. „Wo ist denn da der Unterschied zu Ihrem Protest gegen Stuttgart 21?“

Ich will nicht dramatisieren. Der Ältestenrat hat die Situation mit einer besonnenen Diskussion rasch entschärft. Man kann die Blockade auch als symbolisch werten. Eine ernsthafte Gefahr für unsere Demokratie bestand nicht. Mein Verweis auf die Weimarer Republik war insoweit überzeichnet. Und doch halte ich hier eine klare Position für notwendig. Für mich ist die Freiheit der Parlamente unveräußerlich. Wir sollten an dem Konsens festhalten, dass Volksvertreter niemals durch physischen Zwang an einer Abstimmung gehindert werden dürfen. Das ist der Unterschied: Den Versuch, die Parlamente an Entscheidungen zu hindern, hat es in Stuttgart nicht gegeben.

Wohl aber ein Aufbegehren gegen bereits gefasste Beschlüsse der Parlamente. Deshalb diskutiert nun ganz Deutschland, ob wir in einer „Dagegenrepublik“ leben. Unsere parlamentarische Demokratie und der Wirtschaftsstandort seien in Gefahr, wenn Entscheidungen der Parlamente und Gerichte von der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert werden. Ich halte diese Befürchtungen für weit überzogen. Stuttgart 21 ist zum Glück nicht überall, auch nicht in Tübingen.

Stuttgart 21: Warum ging die Akzeptanz verloren?

Seite 3 von 10

Lassen Sie mich das erläutern, ohne den Streit um den Bahnhofsbaubau selbst zu thematisieren. Mir geht es heute um die allgemein gültigen Schlussfolgerungen aus dem Stuttgarter Bahnhofsstreit für die Beteiligung der Bürgerschaft an kommunalen Entscheidungen auch in unserer Stadt, nicht um den Stuttgarter Tunnelbau selbst.

Nach meiner Überzeugung gibt es drei besondere Gründe, warum in Stuttgart die Akzeptanz der Parlamentsbeschlüsse für den Bahnhofsneubau verloren ging: Der Umgang mit dem Bürgerwillen, die Überdehnung der Verfahren, und die Information der Parlamente.

Erstens: Der Umgang mit dem Bürgerwillen

Die Hauptursache der Proteste in Stuttgart, das zeigen Befragungen, ist die empfundene Missachtung des Bürgerwillens durch die Politik. Die im Verfahren vorgeschriebene Bürgerbeteiligung gab es Ende der 90er Jahre schon. Aber genau deswegen war nur eine Diskussion über die Gestaltung des Tiefbahnhofs zulässig. Wer Vorschläge für den Erhalt und die Modernisierung des Kopfbahnhofs machen wollte, dem wurde das Wort entzogen.

Zehn Jahre später verlangten 67.000 Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift unter einem Bürgerbegehren eine Entscheidung über Kopfbahnhof oder Tunnelbahnhof. Das verhinderte der Stuttgarter Oberbürgermeister durch seine übereilte Unterschrift unter die Finanzierungsverträge. Erst danach gingen die Menschen auf die Straße.

In unserer Stadt hat es eine vergleichbare Polarisierung in den letzten Jahren nicht gegeben. Nicht einmal der Umbau der Mühlstraße führte zu einem Bürgerbegehren. Und wenn es doch so weit käme, würde ich dem Gemeinderat dringend empfehlen, jeden rechtlichen Spielraum zu nutzen, um einen Bürgerentscheid zuzulassen. Wenn der Souverän die Entscheidung an sich ziehen will, sollten Volksvertreter sich daran erinnern, dass sie das Volk nur vertreten, nicht ersetzen.

Zweitens: Die überdehnten Verfahren

Häufig hört man die Klage, die Genehmigungsverfahren in unserem Land dauerten zu lange und seien zu bürokratisch. Das stimmt, aber an zu viel Bürgerbeteiligung liegt das gewiss nicht. Planfeststellungsverfahren haben nicht den Zweck, mit der Bürgerschaft nach der besten Lösung, zum Beispiel der menschenverträglichsten Trasse für eine Straße zu suchen. Die Verfahren sind nicht offen, sondern schon am Beginn abgeschlossen. Was gebaut werden soll, legt ein kleiner Kreis aus Politik und Verwaltung, manchmal aus der Wirtschaft, vorab fest. Danach werden nur noch die formalen Hürden bis zur Genehmigung abgearbeitet und die Rechtsfragen geklärt.

Der Soziologe Niklas Luhmann hat in der alten Bundesrepublik beschrieben, wie Legitimation aus Verfahren erwächst. Er spricht von einem Umfeld, in dem die verbindliche Anerkennung von Entscheidungen als Selbstverständlichkeit institutionalisiert ist. Einfach gesagt: Die Menschen vertrauen darauf, dass das Ergebnis schon in Ordnung sein wird, wenn es am Ende eines ordnungsgemäßen Verfahrens steht. Bei Stuttgart 21 ist das nicht mehr der Fall. Warum?

Nach meiner Überzeugung hat man die übliche Vorfestlegung auf eine Wunschvariante übertrieben und damit die Bindewirkung der Verfahren überstrapaziert. Ob sich der Kopfbahnhof erhalten ließe, wie viel das kosten würde, welche Fahrzeiten und Zugzahlen ein modernisierter oberirdischer Bahnhof erreichen würde, das wurde gar nicht untersucht. Man wollte ja den Tunnelbahnhof. Die Schlichtung hat nun aber gezeigt, dass der modernisierte Kopfbahnhof mehr leisten könnte als Stuttgart 21 und das zum halben Preis. Wer das gar nicht wissen will, weil damit die eigene Planung in Gefahr gerät, darf sich nicht wundern, wenn die Menschen auf die Barrikaden gehen.

In den Leserbriefen heißt es nun, das sei in Tübingen nicht anders. Die Regionalstadtbahn und der Umbau des Europaplatzes seien längst beschlossen und die Bürgerschaft dürfe gar nicht mitreden. Ein solches Vorgehen entspricht nicht meinem Verständnis von Politik. Zu Beginn meiner Amtszeit habe ich das Projekt Innen:Stadt! gut 400 Bürgerinnen und Bürgern im Grundsatz vor- und zur Diskussion gestellt. Die Bebauung des Europaplatzes fand große Zustimmung.

Die Diskussion über Stuttgart 21 zeigt mir aber, dass das noch nicht ausreicht. Viele Beschlüsse zum Europaplatz sind so alt wie die zu Stuttgart 21. Wir müssen deshalb die Grundlagen und mögliche Alternativen nochmals öffentlich erörtern. Dabei müssen auch Änderungen früherer Beschlüsse möglich sein. Ich werde dem Gemeinderat vorschlagen, eine Planungswerkstatt zum südlichen Stadtzentrum einzurichten und zur geplanten Bebauung des Europaplatzes eine Bürgerversammlung durchzuführen.

Vom Sinn der Regionalstadtbahn bin ich zwar persönlich seit 15 Jahren überzeugt. Ich weiß aber, dass die Unterstützung der Bürgerschaft für dieses Projekt erst noch gewonnen werden muss. Wenn die Ergebnisse der volks- und betriebswirtschaftlichen Untersuchungen vorliegen, möchte ich die Frage, ob wir eine Stadtbahn überhaupt brauchen, intensiv mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern erörtern, bevor Beschlüsse gefasst werden.

Drittens: Die Information der Parlamente

Die Beschlüsse der Parlamente für Stuttgart 21 sind nichts wert, weil sie auf einer falschen Grundlage basieren. Nur ein Beispiel: Dem Landtag wurden Kosten von drei Milli-

arden Euro genannt, als er grünes Licht für Stuttgart 21 gab. Die Planer der Bahn gingen damals schon von mindestens vier Milliarden Euro aus. Das steht nach der Schlichtung unbestritten fest. So leichtfertig darf man nicht mit Steuergeld und Parlamenten umgehen.

Seite 5 von 10

Und wie war das in der Mühlstraße? Sind da nicht auch die Kosten explodiert? Ja, es stimmt, die Mühlstraße wurde am Ende fast doppelt so teuer wie in der ersten Kostenschätzung errechnet. Der Unterschied ist aber: Die Probleme mit der Sicherung des Hanges und dem Untergrund der Straße waren zum Zeitpunkt der ersten Kostenberechnung nicht bekannt. Die Alternative, den Hang einstürzen zu lassen, um den Kosten aus dem Weg zu gehen, war keine reale. Wir haben dem Gemeinderat alles gesagt, was wir wussten. Vor Kostensteigerungen ist man dadurch nicht gefeit. Aber dass die Kosten eines Vorhabens bewusst heruntergerechnet und verschleiert werden, um es politisch durchzusetzen, das hat es in meiner Amtszeit nicht gegeben und das wird es mit mir auch nicht geben.

Nebenbei: Die Sanierung der Mühlstraße hat sich trotz der Schwierigkeiten während des Umbaus gelohnt. Sie ist schön geworden und Schlaglöcher sind dort auf lange Zeit nicht zu befürchten. Die Mehrkosten für die Stadt im Vergleich zu einer einfachen Schwarzsanierung des Straßenbelags liegen etwa in der Höhe der Kosten von zwei Tagen Kinderbetreuung in Tübingen.

Lehren aus Stuttgart 21

Nur die drei genannten Gründe zusammen konnten das Vertrauen in die Entscheidung der Parlamente und Verwaltungen grundlegend erschüttern. In dieser Kombination ist das, so meine ich, ein Sonderfall, der sich nicht schnell wiederholen wird. Dennoch gibt es etwas zu lernen, und zwar auf beiden Seiten des Zaunes am Hauptbahnhof.

Politik und Verwaltung müssen einsehen, dass die Legitimation durch Verfahren verloren geht, wenn man den Menschen ein X für ein U vormachen will. Das schaffen noch so viele Parlamentsbeschlüsse, Planfeststellungen und Gerichtsentscheide nicht. Kritik aus der Bevölkerung und der jeweiligen Opposition darf man nicht einfach niederstimmen. Argumente müssen ernsthaft abgewogen werden.

Umgekehrt müssen im Protest engagierte Bürgerinnen und Bürger Maß halten. Stuttgart 21 ist nicht die Rechtfertigung, nun gar keine Entscheidungen mehr zu akzeptieren und den Rechtsstaat samt der parlamentarischen Demokratie über Bord zu werfen. Dass ich genau darauf als einer der Köpfe der Bewegung gegen Stuttgart 21 achten muss, haben mich auch die Blockierenden hier vor dem Sitzungssaal gelehrt.

In allen politischen Parteien lautet die generelle Lehre aus den Auseinandersetzungen in Stuttgart: Mehr Bürgerbeteiligung. Das gehört seit jeher zu meinen politischen Grundüberzeugungen. Schon mein Vater hat mir die Begeisterung für direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild in die Wiege gelegt. Die Planverfahren in Deutschland müssen den Menschen mehr Möglichkeiten geben, Alternativen vorzutragen und mitzubestimmen. Und zwar nicht nur über die Farbe von Lärmschutzwänden, sondern über die Vorhaben an sich.

Seite 6 von 10

In Berlin wird leider das Gegenteil vorbereitet. Der aktuelle Entwurf des Bundesinnenministers zur Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren sieht die Möglichkeit vor, auf die Diskussion der Grundsätze mit der Bevölkerung zu verzichten, „wenn Vorhaben erkennbar aus sachfremden Erwägungen abgelehnt werden“. Was sachfremde Erwägungen sind, entscheidet natürlich die Behörde. In der Logik dieses Gesetzentwurfs ist die Bürgerin, ist der Bürger ein Störenfried, den man ausschalten muss. Eine Vorstellung, die Heiner Geißler zu Recht „obrigkeitsstaatlich“ genannt hat.

Bürgerbeteiligung in Tübingen

Wie steht es um Bürgerbeteiligung in Tübingen? Wir haben in den letzten Jahren die Transparenz von Entscheidungen erhöht und Bürgerbeteiligung intensiviert. In meiner Amtszeit fanden in vielen Teilorten erstmals seit Jahrzehnten wieder Bürgerversammlungen statt. Mit bis zu 20% der Wahlberechtigten waren sie sehr gut besucht. Vorlagen für den Gemeinderat sind jetzt schon Wochen vor der Entscheidung und nicht erst am Wochenende vor der Sitzung öffentlich. Für die Ortsbeiräte, die bis 2008 immer unter Ausschluss der Bürgerschaft diskutieren mussten, haben wir die öffentliche Sitzung zur Regel gemacht. In Lustnau hat der runde Tisch die Planungen für die Alte Weberei in vorbildlicher Weise mitgeprägt. Wo es Kritik an fehlender Beteiligung gab, wie bei der Planung des Uni-Campus und der neuen Mensa, haben wir reagiert und intensiv um Alternativen gerungen. Den Stand aller Bebauungsplanverfahren kann man seit einigen Monaten jederzeit im Internet unter www.tuebingen.de/stadtplanung abfragen.

Was wir nicht hatten, war ein Bürgerentscheid. Dafür fehlte ein Thema. Nun aber will das Regierungspräsidium von der Stadt wissen, ob wir zum Zweck der Luftreinhaltung die Mühlstraße für den Autoverkehr sperren wollen oder nicht. Sie wissen, dass ich diese Straße gerne vom Autoverkehr befreien würde, weil ich wenig davon halte, dass wir den Durchgangsverkehr mitten durch das Herz der Stadt lenken. Die Umleitung im Jahr 2009 hat auch gezeigt, dass der Verkehr sich reibungslos über den Cityring abwickeln lässt. Ich möchte aber nicht, dass unsere Stadt von der Mühlstraße so gespalten wird, wie Stuttgart vom geplanten Tunnelbahnhof. Eine Entscheidung muss deshalb gut vorbereitet werden. Sie muss alle Aspekte, Verkehr und Städtebau genau so wie Luftreinhaltung und Lärmbelastung berücksichtigen. Und sie muss am Ende von der Bürgerschaft getra-

gen werden. Ich werde deshalb dem Gemeinderat vorschlagen, die Mühlstraßenfrage durch einen Bürgerentscheid zu klären.

Seite 7 von 10

Oft wurde in jüngster Zeit gerätselt, woher die neuen Bürgerbewegungen kommen. Besonders interessiert hat die Frage, wie die tragende Mittelschicht, das Bürgertum, sich dem Protest anschließen konnte. Ich glaube, eine Erklärung bietet das Internet. Noch nie war es so leicht, Fakten und Argumente zu überprüfen, sich als Bürger an Originalunterlagen ein eigenes Urteil zu bilden. Deshalb gab es auch nie zuvor so wohl informierte Protestbewegungen. Und das Bildungsbürgertum ist für eine solche Entwicklung natürlicherweise besonders offen. Das gilt erst recht in Tübingen, wo Kinder schon bei der Geburt für die Promotion angemeldet werden.

Wir haben uns dies zu Nutze gemacht, als die Weltfinanzkrise über unseren Stadthaushalt hereinbrach. Auf Initiative der Fraktionen der SPD und von AL/Grünen haben wir die Bürgerinnen und Bürger gefragt, wie und wo sie sparen würden. Die Fragen erhielt ein repräsentativer Querschnitt von 1.000 Haushalten. Zusätzlich konnten alle Interessierten denselben Fragebogen im Internet ausfüllen. Die Ergebnisse sind eine wahre Fundgrube an Information. Ich möchte Ihnen einige ausgewählte Resultate vorstellen.

Wenn Steuereinnahmen sinken, hat man als Gemeinde grundsätzlich drei Möglichkeiten, dies auszugleichen. Die Steuersätze und Gebühren erhöhen, die Ausgaben kürzen oder Schulden machen. Die Frage ist, wie man gewichtet. Werfen wir einen Blick auf die Meinung der Tübinger Bürgerschaft: Für die Erhöhung der Steuern und Gebühren sind 18%, dagegen 52%. Für mehr Schulden sind 16%, 48% sind dagegen. Bei so viel Ablehnung bleibt nur die dritte Möglichkeit, das Kürzen der Ausgaben.

Allerdings fällt die Zustimmung zu Kürzungen aller großen Ausgabeposten der Stadt noch geringer aus als zum Erhöhen der Steuern oder zu größerer Verschuldung. Für Kürzungen bei TüBus, Kinderbetreuung, Feuerwehr, Winterdienst, oder Stadtreinigung gibt es höchstens 10% Zustimmung aber mindestens 60% Ablehnung. Auch bei Schwimmbädern und Stadtbücherei soll nach dem Willen der Mehrheit nicht gespart werden.

Die wenigen Sparvorschläge, bei denen wenigstens mehr Zustimmung als Ablehnung bekundet wurde, kann man an einer Hand abzählen. Dazu gehören die Weihnachtsbäume, der Blumenschmuck, Feste und Märkte, die Tourismusförderung, die Straßenbeleuchtung und das Stadtmuseum. Diese Posten stehen aber zusammen nur für rund 1% unseres Haushaltes. Auch wenn wir das Stadtmuseum schließen, Weihnachten ausfallen lassen und die Stadt nachts dunkel bleibt, ist damit der Haushalt nicht zu sanieren.

Für den Gemeinderat und die Stadtverwaltung ist das zugleich ernüchternd und ermutigend. Einerseits zeigt die Befragung, wie fragmentiert unsere Stadtgesellschaft ist. Es gibt keine Maßnahmen, die zur Sanierung des Haushaltes geeignet sind und zugleich Zustimmung in der gesamten Bevölkerung finden. Wie man es macht, macht man es falsch. Andererseits zeigt sich, warum es so zeitraubend und schwierig ist, einen Haushalt zu erarbeiten. Alle Interessen zu berücksichtigen, sie gegeneinander abzuwägen und dabei mit dem vorhandenen Geld auszukommen, ist eine Leistung, die wir gar nicht hoch genug wertschätzen können. Die Bürgerschaft selbst kann das offenkundig nicht, sie braucht dazu den Gemeinderat.

Seite 8 von 10

„Dem Volk aufs Maul schauen, aber ihm nicht nach dem Mund reden“ ist auch die richtige Herangehensweise für den Haushalt. Wer nur fragt, was die Mehrheit befürwortet, muss an der Haushaltssanierung scheitern. Wer aber fragt, was die Menschen für das kleinere Übel halten, wird fündig. Ich habe die Ergebnisse der Tübinger Bürgerbefragung unter diesem Blickwinkel betrachtet und möchte Ihnen sechs Schlussfolgerungen vorstellen, die ich ziehe.

Erstens: Die Kinderbetreuung soll ohne Zeitverzug steuerfinanziert weiter ausgebaut werden. Für den weiteren Ausbau sprechen sich nämlich 59% der Befragten aus, dagegen nur 20%. Zur Finanzierung finden Steuererhöhungen keine Mehrheit, aber mehr Zustimmung als weitere Erhöhungen der Kinderbetreuungsgebühren. Die letzteren zu verteuern, das befürworten nur 12%, aber 69% lehnen das ab. Hingegen liegt die Ablehnung einer Erhöhung der Grundsteuer mit 54% und bei der Gewerbesteuer mit 30% deutlich niedriger, bei der Gewerbesteuer ist die Zustimmung mit 30% genau so groß wie die Ablehnung.

Zweitens: Die Stadtteilrathäuser sollen erhalten bleiben, jedoch kann die Personalausstattung verringert werden. Vor allem den Menschen in den acht dörflichen Stadtteilen sind ihre Stadtteilrathäuser nämlich sehr wichtig. Andererseits sind sie mit deren Leistungen aber so über die Maßen zufrieden, dass es hier eher als bei anderen Aufgaben der Stadt möglich ist, zu sparen. Und würde man die Menschen in der ganzen Stadt fragen, wäre eine Mehrheit für Kürzungen in diesem Bereich. Verständlich: Wer in der Kernstadt wohnt, braucht kein Stadtteilrathaus.

Drittens: Die Parkgebühren sollen nicht weiter steigen, die Verkehrsüberwachung kann aber verstärkt werden. Für weitere Erhöhungen der Parkgebühren sprechen sich nämlich nur 25% der Befragten aus, dagegen sind 47%. Bei den Verwarnungsgeldern sieht es umgekehrt aus: Da wollen 51% mehr einnehmen, 26% sind dagegen. Offenbar denken die Leute sich, wenn die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer schon mehr bezahlen sollen, dann diejenigen, die sich nicht an die Regeln halten.

Viertens: Mehr Parkplätze darf die Stadt nur kostendeckend anbieten. Einerseits sind die meisten von uns mit der Anzahl der Parkplätze sehr unzufrieden. Noch schlechtere Noten erhält die Stadt nur für das Wohnungsangebot. Andererseits ist den Befragten das Parkplatzangebot aber auch wenig wichtig. Dahinter rangieren nur noch die Angebote für Senioren und Touristen – auch eine bemerkenswerte Aussage. Mehr Parkplätze sind also wünschenswert, aber kosten dürfen sie die Stadtkasse bei dieser geringen Bedeutung nichts.

Fünftens: Die Stadt muss Bauflächen und Wohnraum bereit stellen. Denn hier sehen die Befragten das größte Defizit in Tübingen und sie halten dieses Problem für wichtig, wenn auch nicht für so wichtig, wie Schulen und Kinderbetreuung oder den TüBus. Für mich ist dabei klar, dass wir es schaffen müssen, den notwendigen Wohnraum durch Innenentwicklung wie in der Alten Weberei bereit zu stellen. Danach gefragt haben wir allerdings nicht.

Sechstens: Die Stadt muss in die Barrierefreiheit investieren. Denn mit der Barrierefreiheit sind die Befragten fast so unzufrieden wie mit dem Angebot an Bauflächen und Wohnungen, es ist ihnen aber noch etwas wichtiger.

Sie werden all diese Schlussfolgerungen im Entwurf der Verwaltung für den Haushalt 2011 wieder finden. Ich bin gespannt, ob der Gemeinderat zu ähnlichen Ergebnissen gelangt. So manche Konsequenz aus den Befragungsergebnissen würde mir allerdings äußerst schwer fallen. Da sehe ich noch großen Diskussionsbedarf in der Stadt und in den Gremien. Auch dafür einige Beispiele:

Erstens: Sollen wir die Zuschüsse für Projekte der Gleichstellung kürzen? Ob bei Umweltverbänden, Sportvereinen oder dem Ehrenamt, nirgends will eine Mehrheit der Befragten sparen. Nur bei den Initiativen für Mädchen und Frauen sind 48% für Kürzen und 26% dagegen. Allerdings wollen da vor allem die Männer sparen, nämlich 58%. Von den Frauen sind nur 39% einverstanden. Offenkundig ist es nötig, zu begründen wofür das Geld benötigt wird.

Zweitens: Wer will „Eine Null für die Kultur“? In der Bürgerbefragung ist die Kultur eines der wenigen Felder, in denen die Zufriedenheit größer ist als die ermittelte Bedeutung. Das deutet eigentlich darauf hin, dass eine Kürzung vertretbar wäre. Eine Detailanalyse zeigt aber: Etwa ein Viertel der Bevölkerung lehnt Kürzungen genau in diesem Bereich vehement ab, während ein anderes Viertel sie unterstützt oder sogar einfordert. In kaum einem anderen Bereich gehen die Meinungen mehr auseinander. Das ist erklärbar, denn es ist bekannt, dass Kulturangebote von einer Minderheit sehr intensiv genutzt werden, während relativ große Teile der Bevölkerung sie selten in Anspruch nehmen. Die wich-

tigste Determinante ist der Bildungsgrad. Und entsprechend effektiv treten die Fürsprecher der Kultur auf. Die Forderung nach einer Null für die Kultur trägt ein Viertel der Bevölkerung mit. Reicht das aus?

Seite 10 von 10

Drittens: Sind Wirtschafts- und Tourismusförderung entbehrlich? Hier will ein Drittel bis die Hälfte der Befragten kürzen. Der Blumenschmuck, die Feste und die Märkte sollen dabei mit rasiert werden. Wenn schon, dann gleich richtig, scheint das Motto zu sein. Wer hier lebt, aber nicht vom Tourismus lebt, will dafür offensichtlich kein Geld ausgeben. Und der Wirtschaftsförderung traut man offenbar nichts zu. Ob es der Stadt und ihren Finanzen aber gut tut, sich aus diesen Aufgaben ganz zurück zu ziehen?

Viertens: Sind Investitionen in Klimaschutz eine Frage des Alters? Von den Befragten unter 25 Jahren wollen nur 14% beim Klimaschutz sparen, in der Altersgruppe von 25-64 sind dazu 25% bereit und bei den über 64jährigen 36%. Ob es daran liegt, dass die Jungen erwarten, dass sie die Auswirkungen des Klimawandels noch selbst spüren werden?

Sie sehen, auch wenn man das Volk intensiv befragt, bleiben Haushaltsentscheidungen schwierige Abwägungsprozesse. Einfach den Mehrheitswillen umzusetzen, führt weder zu einem ausgeglichenen Haushalt noch zu einer ausgewogenen Politik. Der französische Historiker Alexis de Toqueville hat schon im 19. Jahrhundert die Gefahr beschrieben, dass Demokratie ohne Minderheitenschutz zur „Tyrannei der Mehrheit“ wird. Wir sind alle nur Menschen und deshalb am ehesten bereit, dort zu sparen, wo andere betroffen sind. Selbst in Tübingen fummelt man am Gürtel des Nachbarn herum, wenn er enger geschnallt werden muss. Direkte Demokratie hat ihre Schwächen. So wie der Parlamentarismus. Nur andere.

Der Haushalt ist nicht umsonst das Königsrecht des Parlamentes. Hier gilt es Minderheitenanliegen zu berücksichtigen, Interessen auszugleichen, das Ganze im Blick zu haben. Das ist nicht direktdemokratisch, sondern nur in einem Verhandlungsprozess möglich, wie ihn unser Gemeinderat gerade vor sich hat. Sehr wohl ist es aber möglich, den Volkswillen besser zu ergründen und zu verstehen, als es bislang üblich war. Wir haben es mit der Befragung versucht. Die Befähigung und der Wunsch der Menschen, stärker an den Entscheidungen des Gemeinwesens beteiligt zu sein, wachsen. Darüber kann man sich nach all den Klagen über sinkende Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit nur freuen.

Ich denke deswegen, wir können im Jahr 2011 wieder an Willy Brandt anknüpfen und „Mehr Demokratie wagen“.